

Politischer Jahresbericht

## Cono Sur 2007/2008



**Santiago de Chile**

**Regionalbüro Cono Sur, Juni 2007 – Juni 2008**

Von Michael Alvarez

Juli 2008

## **Inhalt**

|                                    |           |
|------------------------------------|-----------|
| <b>Zusammenfassung</b>             | <b>3</b>  |
| <b>Wirtschaftliche Entwicklung</b> | <b>4</b>  |
| <b>Argentinien</b>                 | <b>8</b>  |
| <b>Chile</b>                       | <b>19</b> |
| <b>Uruguay</b>                     | <b>26</b> |
| <b>Paraguay</b>                    | <b>26</b> |
| <b>Ausblick</b>                    | <b>27</b> |

## Zusammenfassung

In der Region war das vergangene Jahr geprägt von einem stabilen Wirtschaftswachstum und einer zunehmenden Inflationsrate, die laut Angaben der CEPAL in Verbindung mit der Energie- und Lebensmittelkrise einen Anstieg der Armut zur Folge haben könnte. Das Regionalbündnis UNASUR will sich neben einer eigenen Finanzarchitektur auch eine Sicherheits- und Verteidigungsstruktur geben, deren Ansätze sich in den Krisen um Kolumbien/Venezuela und zuletzt Bolivien bereits bewährt haben. In den Andenländern Bolivien, Venezuela und Ecuador haben die Verfassungsprozesse unterschiedliche Phasen durchlaufen: Während in Venezuela Präsident Hugo Chavez mit seiner Verfassungsreform in einer demokratischen Abstimmung scheiterte und in Ecuador die Aushandlungsprozesse für eine neue Verfassung inklusive Referendum ebenfalls friedlich verliefen, spitzte sich der Konflikt in Bolivien angesichts der secessionistischen Tendenzen der reichsten Provinzen des Landes zu.

In Argentinien war das zweite Halbjahr 2007 geprägt vom Sieg des eher konservativen Mauricio Macri bei den Wahlen zum Stadtoberhaupt in Buenos Aires sowie vom Endspurt im Präsidentschaftswahlkampf auf nationaler Ebene und dem Wahlsieg Cristina Fernandez' de Kirchner, der Gattin des scheidenden Präsidenten Kirchner, im ersten Wahlgang. Mit der so genannten Agrarkrise dominierte seit Jahresbeginn und Amtsantritt Cristina Fernandez' eine der politischsten Krisen des Landes seit Wiedereinführung der Demokratie im Jahr 1983 die erste Jahreshälfte 2008. Über den gesamten Berichtszeitraum hinweg standen die zunehmende, „inoffizielle“ Inflation, Verteilungsfragen sowie die wachsende Gewaltkriminalität ganz oben auf der Liste der Sorgen der Bürgerinnen und Bürger.

In Chile scheint das zweite Amtsjahr von Präsidentin Michelle Bachelet fast ausschließlich im Zeichen politischer Krisen zu stehen, deren Ursachen sie selber kaum oder gar nicht zu verantworten hat, für die sie aber die politischen Konsequenzen tragen muss: die Fortsetzung der Transantiago-Krise (gescheiterte Neuordnung des öffentlichen Nahverkehrssystems durch die Regierung ihres Vorgängers Ricardo Lagos), die daraus resultierende Krise des christdemokratischen Koalitionspartners „Partido Demócrata Cristiano“ PDC inklusive Verlust der Senatsmehrheit, der von der rechten Opposition erzwungene Rücktritt der christdemokratischen Bildungsministerin Yasna Provoste, die Krise um die staatlich finanzierte Abtreibungspille und Spirale, die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise, die drohende Wirtschaftskrise und schließlich die erneuten Proteste um das Gesetz zur Reform des Bildungswesen.

In Paraguay sorgte der ehemalige katholische Bischof Fernando Lugo im April diesen Jahres mit seinem Wahlsieg als Präsidentschaftskandidat der Oppositionskoalition „Alianza Patriótica para el Cambio“ (Patriotische Allianz für den Wechsel) für ein politisches Erdbeben. Dennoch wird er angesichts eines von der bisherigen Staats- und Regierungspartei „partido colorado“ durchsetzten Staatsapparates mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

## Zur Situation in der Region

### Wirtschaftliche Entwicklung

Nach jüngsten Angaben der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL wird für die gesamte Region im Jahr 2008 ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 4,7 Prozent erwartet, womit die UN-Kommission ihre Prognose vom Dezember 2007 um 0,2 Prozent nach unten korrigierte.

Den Schätzungen der CEPAL zufolge werden 2008 vor allem Panama mit 8 Prozent sowie Argentinien, Kuba und Peru mit jeweils 7 Prozent die höchsten Wachstumsraten der Region erzielen. Für Bolivien und Paraguay werden jeweils 5 Prozent, für Chile, Costa Rica, Guatemala und Honduras 4,5 Prozent, für Mexiko 2,7 Prozent und Ecuador 3 Prozent prognostiziert.

Zugleich haben sich die ausländischen Direktinvestitionen in der Region zwischen 2006 und 2007 deutlich um 46 Prozent erhöht, wobei Brasilien mit 34,5 Milliarden US-Dollar vor Mexiko (23,3 Milliarden US-Dollar), Chile (14,5 Milliarden US-Dollar) und Kolumbien (9 Milliarden US-Dollar) den Löwenanteil für sich beanspruchen konnte. 2007 flossen die meisten Investitionen in der Region in den Dienstleistungssektor, obwohl es in dieser Hinsicht deutliche und bezeichnende Unterschiede zwischen einzelnen Ländern gab: In Brasilien stellt der Dienstleistungssektor den größten Anteil der ADI dar, während in Chile, Kolumbien und Ecuador vor allem im Ressourcensektor investiert wurde und in Mexiko im verarbeitenden Gewerbe.

Mit insgesamt über 100 Milliarden US-Dollar erreichen die ADI in der Region 2007 einen neuen Rekord, nachdem der letzte Peak im Jahr 1999 vor allem im Kontext verschiedener Privatisierungsprozesse zu verorten war.

Damit hat die Region, zwar mit immer noch deutlichen Differenzen von Land zu Land, unter makroökonomischen Gesichtspunkten den Charakter eines wirtschaftlichen Krisengebietes verloren und stabilisiert sich, auch aufgrund der anhaltend Rohstoffhaussa auf den internationalen Märkten als ernstzunehmender Faktor im weltwirtschaftlichen und politischen Gefüge.

### UNASUR

Ganz im Zeichen dieses nicht mehr ganz neuen Selbstbewusstseins und -vertrauens stand die Unterzeichnung des Gründungsabkommens für die Union der südamerikanischen Nationen UNASUR (Unión de Naciones Suramericanas) am 23. Mai 2008 in der brasilianischen Hauptstadt Brasília, an dem die Präsidenten der 12 südamerikanischen Staaten teilnahmen. Abwesend war nur der uruguayische Staatschef Tabaré Vázquez. Brasiliens Staatschef Luiz Inácio Lula da Silva schlug für den neuen Staatenbund eigene Institutionen wie eine gemeinsame Zentralbank und gemeinsame Währung vor. Unklar ist in diesem Zusammenhang die Zukunft des bereits 2007 von Venezuela und Argentinien gegründeten Banco del Sur. Wobei es wahrscheinlicher ist, dass Brasilien für eine UNASUR-Zentralbank eher eine der eigenen Nationalen Entwicklungsbank ähnliche Struktur vorzieht, die mittlerweile in der gesamten Region eine Rolle spielt und inzwischen deutlich mehr Geld für die Region zur Verfügung hat als der Internationale Währungsfonds und die Weltbank.

Parallel zu diesen Anregungen zur Bildung einer gemeinsamen, regionalen Finanzarchitektur schlug Lula die Schaffung eines südamerikanischen Verteidigungsrates vor, der nur von Kolumbien abgelehnt wurde. Inzwischen wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die in drei Monaten einen ersten Umsetzungsvorschlag präsentieren soll.

## **Lateinamerika und die Beziehungen zu den USA, EU und China**

Am 14. Mai 2008 verabschiedeten beide Kammern des US-Kongresses ein Gesetzesvorhaben, das sich zu einem neuen Agrargesetz mit außerordentlichen Folgen für Lateinamerika entwickeln könnte (Food, Conservation and Energy Act of 2008).

Der Vorschlag sieht unter anderem eine Aufstockung des Agrarhaushaltes um 20 Milliarden US-Dollar vor, eine Erhöhung der einzelnen Subventionen, die Einbeziehung neuer Produkte in den Subventionskatalog (wie Agrotreibstoffe) oder einen erleichterten Zugang einzelner Produzenten zu den Subventionen. Außerdem schreibt der Vorschlag tarifäre und nicht-tarifäre Handelsschranken insbesondere für Produkte aus Lateinamerika fest. Damit dürften die Verhandlungen zur Doha-Runde weiter stocken.

Der fünfte EU-Lateinamerika-Gipfel in Lima befasste sich vom 17. bis 19. Mai 2008 vor allem mit Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialen Disparitäten, Umweltbelastungen und Klimawandel sowie Energie. Parallel dazu fand am 14. und 15. Mai das zweite Wirtschaftsforum EU-Lateinamerika statt, an dem auch Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm. Dieser „Parallelgipfel“ für Unternehmer und Investoren aus beiden Regionen zielt vor allem auf eine Stärkung der Handelsbeziehungen und Direktinvestitionen zwischen beiden Regionen sowie die Förderung und Schaffung von Arbeitsplätzen ab. Ein zweiter „Parallelgipfel“ der Zivilgesellschaft unter dem Titel „Enlazando Alternativas 3“ versammelte vom 13. bis 16. Mai Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Bauernverbänden, Gewerkschaften und Wissenschaft aus beiden Kontinenten. Auf mehr als hundert Veranstaltungen wurden Fragen zur Energiekrise, prekären Arbeitsbedingungen, sozialen und ökologische Konflikten oder dem Klimawandel debattiert. (detaillierte Berichte unter [www.boell.de](http://www.boell.de) )

Die Handelsbeziehungen der Region mit China erreichten im Jahr 2007 einen neuen und unerwarteten Rekord, ebenso konnte Peking bedeutende Fortschritte in den Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit der Region erzielen. Das Gesamtvolumen im Handel der Region mit China belief sich auf über 100 Milliarden Dollar, was im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs um 46 Prozent bedeutet und die von Chinas Staatschef Hu Jintao erst für das Jahr 2010 prognostizierte Summe übertraf. Dies ist vor allem auf den auch durch Spekulation ausgelösten Preisanstieg für Soja, Kupfer, Erdöl und andere Rohstoffe zurückzuführen. Die chinesischen Exporte in die Region erreichten mit rund 41 Milliarden US-Dollar einen Zuwachs um rund 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

## **Landwirtschaft und Nahrungsmittelkrise**

In einer Erklärung vom April 2008 wies der scheidende Generalsekretär der CEPAL und ehemalige argentinische Wirtschaftsminister José Luis Machinea eindringlich daraufhin, dass der Anstieg der internationalen Lebensmittelpreise die ärmsten Bevölkerungsteile in Lateinamerika und der Karibik mit besonderer Härte treffe und bereits jetzt für einen regressiven Umverteilungseffekt gesorgt hätten. Würden keine energischen Gegenmaßnahmen eingeleitet, sei mit einem deutlichen Anstieg der Armut in der gesamten Region zu rechnen.

In einigen Fällen stiegen die Preise für Mais, Weizen, Reis und Öle um mehr als 100 Prozent. Damit sorgten die Lebensmittelpreise zusammen mit den gestiegenen Preisen für Treibstoffe für Inflationsschübe in der gesamten Region, die in einzelnen Ländern zwischen 6 Prozent und 20 Prozent variieren und im Jahresdurchschnitt rund 15 Prozent ausmachen.

Auf Grundlage der Projektionen der CEPAL für 2007 hat eine Inflationsrate von 15 Prozent einen Anstieg der extremen Armut um 3 Prozent auf 15,9 Prozent zur

Folge. Das bedeutet, dass fast 16 Millionen Lateinamerikaner in extreme Armut abrutschen. Beinahe ebenso viele Menschen würden nach Angaben der CEPAL in Armut abrutschen. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge gibt es in der gesamten Region rund 200 Millionen Arme, von denen rund 30 Millionen Kinder an Hunger leiden und 5 Millionen unterernährt sind.

In diesem Zusammenhang spielt in der Region als bedeutendem Agrarproduzenten insbesondere die fortschreitende Nutzung von Agrarflächen für die Produktion von Agrotreibstoffen eine zunehmend kritische Rolle, die den beschriebenen Effekt der Lebensmittelpreisexplosion deutlich verschärfen könnte.

### **Die Krise zwischen Ecuador, Venezuela und Kolumbien**

Am 1. März 2008 führten Einheiten der kolumbianischen Streitkräfte einen militärischen Schlag gegen ein Camp der FARC-Guerilla auf ecuadorianischem Hoheitsgebiet durch, bei dem unter anderem der zweite Mann in der Hierarchie der FARC, Raul Reyes ums Leben kam. Bei dem Einsatz beschlagnahmten die kolumbianischen Truppen Computer, auf denen sich angeblich authentische Dokumente befanden, die intensive Beziehungen der ecuadorianischen und venezolanischen Regierung zur FARC beweisen sollen. Der Einsatz selbst wie auch die Veröffentlichung der Dokumente sorgte für scharfe Proteste in Quito, was umgehend die diplomatischen Beziehungen zu Kolumbien abbrach und die eigenen Streitkräfte an die Grenze beorderte. Ebenso schickte Venezuela Truppen an seine Grenze mit Kolumbien.

Auch wenn nicht wirklich mit einem längeren Krieg zwischen den drei Ländern zu rechnen war, befand sich die Region doch einige Tage lang in einer ernsten Krise: Die Verletzung der nationalen Souveränität betrifft auf dem Kontinent der jungen, unfertigen und im-

mer wieder auch aufgrund sozialer Segregation mit Legitimationsproblemen kämpfenden Staaten einen der sensibelsten Bereiche des nationalen Selbstverständnisses. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer wachsenden Bedeutung von Souveränitätsfragen im Zusammenhang mit der Nutzung natürlicher Ressourcen, die vielen der Länder der Region in den letzten Jahren zu einer wirtschaftlichen Erholung und einer neuen, selbstbewussteren Rolle im internationalen Kontext verholfen haben.

Insofern erklärt sich die effektive Krisendiplomatie innerhalb der Region, die vor allem auf eine schnelle und reibungslose Abstimmung zwischen Argentinien, Brasilien und Chile zurückzuführen ist. Das gemeinsame Spiel über Bande der drei Länder ist beachtenswert, weil es eine neue Qualität erreicht hat.

So wurde eine Generalversammlung der Organisation der Amerikanischen Staaten OAS einberufen, die aus diesem Anlass das Nichteinmischungsprinzip in die Angelegenheiten anderer Staaten, die vollständige Respektierung der Souveränität, die Ablehnung der Gewalt, die eindeutige Verurteilung des „Terrorismus“ sowie die Verpflichtung bekräftigte, gewaltbereiten Gruppen keinerlei materielle oder sonstige Unterstützung zukommen zu lassen.

Anfang Juli kam es zu einer überraschenden Wende in der kolumbianischen Geiselkrise, die zumindest für die ehemalige „grüne“ Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt das Ende einer sechsjährigen Geiselhaft bedeutete. In einer angeblich von langer Hand und mit Undercoveragenten vorbereiteten Militäraktion wurden Betancourt und 14 weitere Geiseln ohne Blutvergießen und in Folge einer Täuschung der FARC-Bewacher mit Hubschraubern aus dem Dschungel in Sicherheit gebracht. Auch wenn die genauen Umstände der Befreiung weiterhin unklar sind – zwischenzeitlich wurde die Zahlung eines Lösegeldes vermutet – kann Präsident

Álvaro Uribe den als Operation „Schach“ bezeichneten Militäreinsatz als bemerkenswerten Erfolg für seine Linie und die Sicherheitskräfte verbuchen. Zugleich spricht der Vorgang Bände über den Zustand der FARC: Für die stellt der „Verlust“ der „bedeutendsten“ Geisel Ingrid Betancourt einen unaufholbarer Rückschlag dar.

### **Verfassungsprozesse in den Andenländern**

In Ecuador arbeitet die verfassunggebende Versammlung fieberhaft an der Redaktion und Abstimmung der Verfassungstexte, über die im September 2008 in einem Referendum abgestimmt werden sollen. Bis Ende Juni waren allerdings nur 90 Artikel angenommen worden, über 300 standen noch zur Abstimmung an.

Trotz der zahlreichen Spannungen, Diskussionen und Machtkämpfe innerhalb der verfassunggebenden Versammlung steht Umfragen zufolge die Mehrheit der Ecuadorianer hinter dem Prozess und würde aller Voraussicht nach mit Ja stimmen.

Einen Glaubwürdigkeitsverlust erlitt die verfassunggebende Versammlung mit dem Rücktritt ihres Präsidenten Alberto Acosta, der sich offen für ein „Primat der Debatte über den Zeitplan“ ausgesprochen und sich damit in dieser Frage gegen seine Partei und Präsident Correa gestellt hatte. Der Zeitplan sah den Abschluss der Arbeiten am 27. Juli 2008 vor. Acosta, zur Zeit in den Umfragen auf Platz zwei hinter Präsident Rafael Correa als einer der glaubwürdigsten Politiker seines Landes, hatte vor allem zu den indigenen Bewegungen gute Beziehungen. Deshalb wurden dort auch nach seinem Rücktritt „große Sorgen“ und der Vorwurf geäußert, dass der Rücktritt Folge der ständigen und maßlosen Einmischung der Exekutive sei, die die Autonomie der verfassunggebenden Versammlung nicht respektiert habe.

Der Zeitdruck ergibt sich aus Sicht der Regierung dadurch, dass eine wachsende Zahl von Enthaltungen und ungültigen Stimmen dem Wahlgesetz zufolge als Neinstimmen gezählt werden müssten und eine Verlängerung der Debatten und der Versammlung möglicherweise die positive Dynamik des Prozesses auch innerhalb der Bevölkerung abschwächen könnte.

Einige wesentliche Punkte der neuen Verfassung sind:

- die Anerkennung der Plurinationalität im Rahmen eines einzigen und souveränen Staates, der die verschiedenen nativen Nationen anerkennt und integriert,
- die Vorgabe, einen Dezentralisierungsprozess und regionale Autonomien anzustreben,
- die erstmalige Anerkennung der „Natur als einem Rechtssubjekt“, zu dessen Schutz,
- die Erklärung, dass das „Recht auf Wasser ein Menschenrecht ist“ und somit die Nutzung für menschliche Bedürfnisse Priorität vor allen anderen Nutzungen hat,
- die rechtliche Gleichstellung sämtlicher Formen von abhängiger und selbstständiger Arbeit,
- die Festschreibung der territorialen Souveränität und die Definition des Landes „als einem Territorium des Friedens und ohne Truppen fremder Mächte“.

Letztgenannter Punkt bedeutet, dass das 2009 ablaufende Abkommen mit den USA über die Nutzung der Luftwaffenstützpunktes Manta, von dem aus die Anti-Drogen-Überwachungsflüge durchgeführt werden, nicht verlängert wird. Damit würde Washington auf mehrere Stützpunkte in Kolumbien ausweichen müssen.

In Venezuela verlor Präsident Hugo Chávez am 2. Dezember 2007 zum ersten Mal eine Abstimmung mit seinem Vorschlag über eine Änderung seiner Verfas-

sung von 1999 in 69 Punkten mit einem hauchdünnen Vorsprung der Neinstimmen von 50,7 zu 49,2 Prozent.

Die wesentlichsten Änderungen bezogen sich auf die Einführung der unbegrenzten Wiederwahl der Präsidenten sowie die Verlängerung der Amtszeiten von 6 auf 7 Jahre. Außerdem sah der Vorschlag eine direkte Kontrolle der Devisenreserven und der Zentralbank durch den Präsidenten vor sowie außerordentliche Befugnisse für Enteignungsprozesse oder Medienzensur in Ausnahmeständen. Zudem beinhaltete der Vorschlag eine Reduzierung der täglichen Arbeitszeit auf 6 Stunden und die Einführung einer umfassenden Sozialversicherung für alle informell und selbstständig Beschäftigten.

Für die OAS stellte der Verlauf dieses Prozesses „ein Beispiel für den demokratischen Fortschritt“ in Lateinamerika dar, da seine Durchführung „die Absicht der Regierung verdeutlicht, die Gesellschaft in den wesentlichen Fragen zu Rate zu ziehen“.

Nachdem die verfassunggebende Versammlung in Bolivien ihre Arbeit unter konfliktiven Umständen beendete, zeigte sich die Regierungspartei MAS bereit, das von der politischen und regionalen Opposition als illegal bezeichnete Vorhaben einer „politischen Staatsverfassung“ (Constitución Política del Estado CPE) einer erneuten Revision zu unterziehen. Dabei hat die Regierung mit Blick auf eine Lösung der anhaltenden Krise vorsichtig Abstand davon genommen, einzelne Änderungen oder Verbesserungen in den bestehenden Entwurf einzuarbeiten, sondern bietet der Opposition an, eine neue Verfassung auszuarbeiten und somit einige der Fehler der verfassunggebenden Versammlung zu korrigieren.

Vor dem Hintergrund der in den Provinzen Santa Cruz, Beni, Pando, Tarija, Cochabamba y Chuquisaca beschlossenen Autonomiereferenden, hat Präsident Evo

Morales ein Referendum zur Bestätigung und damit erneuten Legitimierung der Mandate des Präsidenten, Vizepräsidenten und der Präfekten (Gouverneure) der bolivianischen Departements für den 10. August 2008 angesetzt.

## Argentinien

In Argentinien war das zweite Halbjahr 2007 geprägt vom Sieg des eher konservativen Mauricio Macri in den Wahlen zum Stadtoberhaupt in Buenos Aires sowie vom Endspurt im Präsidentschaftswahlkampf auf nationaler Ebene und dem Wahlsieg Cristina Fernandez' de Kirchner, der Gattin des scheidenden Präsidenten Kirchner, im ersten Wahlgang. Mit der so genannten Agrarkrise dominierte seit Jahresbeginn und Amtsantritt Cristina Fernandez' eine der politischsten Krisen des Landes seit Wiedereinführung der Demokratie im Jahr 1983 die erste Jahreshälfte 2008. Über den gesamten Berichtszeitraum hinweg standen die zunehmende, „inoffizielle“ Inflation, Verteilungsfragen sowie die wachsende Gewaltkriminalität ganz oben auf der Liste der Sorgen der Bürgerinnen und Bürger.

### Wahlsieg Macris in Buenos Aires

Der Wahlsieg Mauricio Macris im Juni 2007 stellte einen Rückschlag für die Kirchners kurz vor den Präsidentschaftswahlen dar. Deutlicher hätte der Sieg Macris in der ohne die Vorstädte rund 3 Millionen Einwohner zählenden Metropole nicht ausfallen können: Nach einer klaren Führung in der ersten Runde mit rund 45 Prozent vergrößerte er den Abstand zum Kirchner-Kandidaten Filmus noch auf 60,9 Prozent zu 39,4 Prozent der Wahlstimmen.

Der konservative Kandidat Mauricio Macri, vormals langjähriger Manager des Fußballklub Boca Juniors



und Sohn einer der bedeutenderen Unternehmerfamilien des Landes, hatte seine Kampagne sehr geschickt und hauptsächlich auf ein Image des technokratischen Managers sowie auf kurze, leicht verdauliche und zugleich diffuse „Wohlfühlversprechen“ zugeschnitten, beispielsweise „Va a estar bueno Buenos Aires“ (Buenos Aires wird gut sein) oder das Versprechen, die Hauptstadt werde unter seiner Regierung wieder „sauber“ werden.

Diese Parolen waren nicht nur Anspielungen auf einige Korruptionsskandale der Vorgänger- sowie der Kirchnerregierung, sondern sprachen ebenfalls auf sehr subtile Weise das „Bauchgefühl“ der hauptstädtischen Mittel- und Oberschichten an, von denen sich seit der Krise 2001 viele in Klagen über die zahlreichen „Cartoneros“ (Müllsammler), die „Piqueteros“ (Straßenblockierer) und Armen aus den Vorstädten in der Innenstadt und dem vermeintlich heruntergekommen Stadtbild des ehemals strahlenden „Paris des Südens“ ergehen.

Zugleich boten andere Vorhaben Macris, wie zum Beispiel die Einschränkung der ärztlichen Versorgung für Vorstadtbewohner in den medizinischen Einrichtungen der Innenstadt eine hervorragende Gelegenheit, sich gegen das als Machtbasis für die Kirchners etablierte „conurbano bonaerense“ (den bis auf den Norden größtenteils ärmeren Siedlungsgürtel mit rund 9,5 Millionen Einwohnern rund um die Hauptstadt) abzusetzen. Diese – selten offen ausgesprochene und größtenteils auch imaginierte – Dichotomie zwischen einer wohlhabenderen, liberalen, zivilisierten und gebildeten Hauptstadtbevölkerung europäischen Zuschnitts und der verarmten, proletarisierten, gewalttätigen, „peronistisch-mafiös-kirchneristisch“ durchorganisierten Vorstadtbevölkerung südamerikanischen Zuschnitts spielte, auch in den folgenden Präsidentschaftswahlen vom Dezember und im Agrarkonflikt

eine streckenweise skurrile, aber nicht unerhebliche Rolle.

Für Macri stellt die erfolgreiche Bewerbung um eines der wichtigsten politischen Ämter einen Testlauf für größere Ambitionen dar: Mit seinem konservativen Profil möchte sich der 49-jährige als ernstzunehmende präsidiale Alternative zu den Kirchners und dem zerfaserten Peronismus präsentieren. Dabei vermeidet er noch allzu deutliche programmatische Positionierungen oder Einmischungen auf nationaler Politikebene und beschränkt sich auf punktuelle Kritik an der aktuellen Administration und das „effiziente Management“ der Stadtregierung. Allerdings kann seine Regierung nach den ersten sechs Monaten bis auf einen neuen Haushaltsentwurf und ein umfassendes Entlassungsprogramm für vermeintliche oder tatsächliche „Cronies“ der Vorgängerregierung sowie daraus resultierend, heftige Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften der Stadtangestellten, noch keine allzu überzeugenden eigenen Fortschritte nachweisen.

Der Wahlsieg Macris mit einer Differenz von über 20 Prozentpunkten überraschte einige Beobachter dann doch, zumal der „offizielle“ Kandidat des sogenannten „Kirchnerismo“, Daniel Filmus, als Aufsichtsrat der renommierten argentinischen FLACSO (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales) und Forscher des CONICET (Consejo Nacional de Investigaciones Científicas y Técnicas, die angesehene staatliche Kommission zur Förderung der Wissenschaften und Forschung) eine Laufbahn vorweisen kann, die in den sich immer noch stark über Bildung und Kultur definierenden Mittelschichten des Landes auf Anerkennung stößt.

Doch hatte Filmus mit Schwierigkeiten zu kämpfen:

Die Kritik an der Kirchner-Administration war auch in den urbanen, gebildeten und liberal-progressiven Schichten trotz einer grundsätzlichen Anerkennung

des wirtschafts-, sozial- und menschenrechtspolitischen Kurses in den letzten anderthalb Jahren lauter geworden. Neben einigen nachgewiesenen und ungeklärten Korruptionsskandalen störte zunehmend der autoritäre und selbstreferentielle Politikstil Nestor Kirchners, der sich sowohl in der Reaktion auf verschiedene Korruptionsskandale wie vor allem in der Manipulation der offiziellen Inflationsstatistik durch eine direkte Intervention im angesehenen nationalen Amt für Statistik, dem INDEC, manifestierte: Anfang 2007 hatte die Regierung, als der INDEC eine höhere Inflationsrate veröffentlichen wollte als das Wirtschaftsministerium, interveniert. Die Intervention erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Preissteigerungen trotz der umfassenden von der Regierung mit den Handelsverbänden vereinbarten Preisabsprachen offensichtlich nicht mehr zu kontrollieren waren.

Die Tatsache, dass die Regierung auf die Preisentwicklung mit einer undurchsichtigen und anhaltenden Intervention reagierte und sich dazu nach Protesten auch öffentlich nicht weiter äußerte ist eines von vielen Beispielen für die Gestaltung der politischen Entscheidungsprozesse innerhalb der Regierung: Die Politik wird am Küchentisch bestimmt, zu dem, neben den Kirchners, noch zwei, drei Personen aus deren engsten Umfeld Zugang haben – politische und, viel wichtiger, persönliche Weggefährten aus der Zeit Kirchners als Gouverneur der patagonischen Provinz Santa Cruz. Das Parlament, in dem Kirchners peronistische Partei die Mehrheit hat, setzt um, im Zweifelsfall wird die Linie noch mit einzelnen Provinzgouverneuren abgestimmt. Der Vorwurf, die Kirchners regierten zunehmend autoritär, ist deshalb nicht nur in konservativen Kreisen zu hören und sorgte im Kampf um das Bürgermeisteramt der Stadt Buenos Aires für eine gewisse Ablehnung auch in Teilen der progressiveren Wählerschichten.

### **Inflationsindex, Reallöhne und**

### **Einkommensverteilung**

Die „neuen“, offiziellen Inflationsberechnungen des INDEC nach der „Intervention“ gehen von rund 9 Prozent (Juni 2007 bis Juni 2008) aus, während private Institute für denselben Zeitraum 24 Prozent bis 27 Prozent ansetzen. Der Unterschied liegt in der Zusammensetzung des für die Berechnungen relevanten Warenkorb begründet: die neue Systematik der Regierung legt einen Warenkorb für mittlere und untere Mittelschichten zugrunde, der zu 62 Prozent Waren und zu 38 Prozent Dienstleistungen enthält (vorher 53 Prozent und 47 Prozent) und berücksichtigt einen sogenannten Mobilitätsfaktor, der das Ausweichen der Konsumenten auf preiswertere Produkte angesichts steigender Preise für einzelne Produkte mit einkalkuliert. Vorher flossen in die Kalkulation, wie es ein Regierungsmitglied exemplarisch beschrieb, importierte Rosen, deutsche Luxus-PKW, die teureren Privatschulen oder Reisen in die Karibik ein, so dass beispielsweise Steuererhöhungen auf importierte Luxusgüter zugleich überproportional die Inflationsstatistik verzerren würden.

Allerdings trifft, und das bestätigen selbst die neuesten Zahlen des INDEC vom Juni 2008, insbesondere die einkommensschwachen, armen und absolut armen Schichten die Explosion der Lebensmittelpreise direkt und ungebremst, so dass in diesen Segmenten selbst mit einem stark auf das Wesentliche reduzierten Warenkorb im 1. Quartal 2008 der Preisanstieg das Doppelte der Gesamtinflation beträgt. Mittlerweile liegt die Armutsgrenze bei knapp 1000 Pesos (ca. 200 Euro), die Grenze zur absoluten Armut, ab der nicht mal mehr die Ernährung gesichert ist, bei rund 450 Pesos (90 Euro). Zum Vergleich: Ein durchschnittliches Gehalt liegt zur Zeit bei 2500 bis 3000 Pesos (500 bis 600 Euro), der Mindestlohn nach der letzten Erhöhung im Juli 2008 bei rund 1100 Pesos (220 Euro).

Die Furcht vor der Inflation ist nicht nur mit einer potentiell unkontrollierbaren Preis-Lohn-Spirale in dem hyperinflationstraumatisierten Land zu erklären, sondern auch mit der grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Entscheidung der Regierung, auf dieses Phänomen nicht strikt nach Lehrbuch mit einer Zinserhöhung und Ausgabenbeschränkung zu reagieren. Dies könnte das nun schon seit 5 Jahren anhaltend hohe Wirtschaftswachstum von rund 8 Prozent jährlich abwürgen, hätte eine deutliche Erhöhung des staatlichen Schuldendienstes zur Folge und könnte sofort auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Einer der unumstrittensten Erfolge Kirchners ist die bis Ende 2007 auf 7,5 Prozent gesunkene Arbeitslosenquote (plus 9,1 Prozent geringfügiger Beschäftigung). Zum Höhepunkt der Krise 2002 betrug diese Ziffer 21,5 Prozent (plus 18,6 Prozent geringfügiger Beschäftigung). Zugleich bemüht sich die Regierung, über graduelle Anpassungen der Lohnentwicklung an die Inflationsrate die Realeinkommen zumindest zu stabilisieren und, nach Möglichkeit, zu steigern. So stiegen die Reallöhne in den Jahren der Kirchner-Regierung seit 2003 immerhin um rund 17 Punkte, während sie in den Jahren zwischen 1975 und 2001 um fast zwei Drittel gefallen waren. Die Verbesserung der Lebensbedingungen über diese Zuwächse, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die verschiedenen Rentenerhöhungen haben erheblich zur Reduzierung der Armutsraten in Argentinien und zur Popularität der Kirchner-Administration beigetragen.

Allerdings ist das Gesamt-BIP seit 2002 um fast 40 Prozent gestiegen, so dass die Frage der Einkommensverteilung für die Regierung erklärtermaßen eine hohe Priorität hat. Dazu fehlt es aber auch in der Regierung der Präsidentin Cristina Fernandez noch an einer kongruenten Steuerreform, die stärker auf progressive Steuersätze, Besteuerung aus Kapital- und Renteneinkünften und eine Reduzierung der Mehrwertsteuer setzt, die mit 21 Prozent auch für die meisten Lebensmittel selbst im regionalen Vergleich recht

hoch ist. Bis auf die Sondersteuern für Agrarexporte hat die Regierung bislang keine Anstrengungen unternommen, diese nach ihren eigenen Kriterien „unfaire“ Steuersystematik aus der Ära Menem und de la Rúa grundlegend zu verändern.

### **Schleppender Präsidentschaftswahlkampf**

Der Präsidentschaftswahlkampf 2007 dürfte nach der Nominierung von Cristina Kirchner durch ihren Gatten und amtierenden Präsidenten Nestor Kirchner Anfang Juli 2007 einer der unaufregendsten Wahlkämpfe seit Einführung der Demokratie gewesen sein. Dies war vor allem auf die unangefochtene Position des Kirchner-Lagers in den landesweiten Umfragen sowie auf eine atomisierte und programmatisch eher unkonkrete Opposition zurückzuführen..

Die Kandidaten mit den meisten Aussichten nach Cristina Fernandez de Kirchner waren:

- die ehemalige Radikale (UCR), linksliberale und sich streckenweise religiös-mystisch gebende Elisa Carrió, mit ihrem diesjährigen Wahlbündnis C.C.C. Confederación Coalición Cívica, dem auch Sozialisten angehören,
- der im Zwist mit Präsident Nestor Kirchner geschiedene ehemalige Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, ebenfalls peronistischer Herkunft mit seinem von der radikalen Partei UCR unterstützten Wahlbündnis Concertación UNA,
- sowie der ebenfalls ehemalige Radikale und wirtschaftsliberale Ricardo Lopez Murphy mit seiner Partei RECREAR,

Bezeichnend für den Zustand des argentinischen Parteiensystems war die Tatsache, dass die traditionellen Parteien praktisch keine Rolle spielten: Nach einem 2003 vom peronistisch dominierten Kongress durchgesetzten neuen Wahlgesetz konnten mehrere Kandida-

ten derselben Partei mit eingeschriebenen Wahlbündnissen zur Wahl antreten.

Dieses Gesetz war maßgeschneidert auf die internen Auseinandersetzungen und Differenzen der Peronisten, die sich schon damals nicht auf einen Kandidaten einigen konnten – der nicht gewählte Übergangspräsident Duhalde griff in seiner Not, unter allen Umständen einen erneuten Erfolg seines Konkurrenten und Feindes Carlos Menem zu verhindern, auf Nestor Kirchner zu und sicherte diesem mit Unterstützung der von ihm kontrollierten Parteistrukturen vor allem in den Vorstädten von Buenos Aires den Wahlsieg.

So traten denn auch 2007 alleine drei peronistische Kandidaten in unterschiedlichen Wahlbündnissen an, und stellte die traditionsreiche radikale Partei Unión Cívica Radical UCR erstmalig keinen eigenen Kandidaten, da vor allem auf Betreiben Raúl Alfonsins die UCR offiziell Lavagna unterstützte. Seit dem vorzeitigen Ende der Präsidentschaft de la Rúas befindet sich die UCR auf nationaler Ebene im freien Fall und kann nur in einzelnen Provinzen noch Gouverneure oder halbwegs funktionierende Strukturen vorweisen. Kirchner wiederum hatte mit seiner zunächst als „transversalidad“ und später als „concertación plural“ bezeichneten Strategie Erfolg, über die programmatisch diffus gewordenen traditionellen Parteigrenzen hinweg ein politisches und auch gesellschaftliches Bündnis zu bilden. Dabei ging es jedoch zuletzt weniger um eine kohärent ausgearbeitete Parteiprogrammatik, sondern vielmehr um eine Art Unterstützernetzwerk für die Wahl und Kirchners konkrete Regierungsarbeit, das um verschiedene Exponenten der peronistischen wie auch radikalen Partei in den Provinzen warb. Prominentestes Beispiel dafür ist der ehemalige radikale Gouverneur der Provinz Mendoza, Julio Cobos, der an Cristinas Seite als Vizepräsident antrat und dafür von seiner Partei UCR „auf Lebenszeit“ gefeuert wurde.

Interessanterweise blieben in diesem Wahlkampf die großen Auseinandersetzungen und konkurrierenden politisch-gesellschaftlichen Entwürfe, die beschwörenden Reden, das Pathos der riesigen Massenversammlungen in für argentinische Verhältnisse bescheidenem Rahmen. Schon die offizielle Präsentation Cristina Kirchners als Kandidatin war zwar ohne Zweifel exzellent inszeniert, bot aber wenig Konkretes und sollte vor allem einen anderen, nicht traditionell peronistischen, integrativeren, dialogorientierteren Politikstil andeuten, eher dem europäisch-sozialdemokratischer Parteien vergleichbar.

Bis auf den immer noch der Dollarparität nachtrauernden, marginalisierten Carlos Menem (der Alberto Rodríguez Saá unterstützte), gaben sich alle politischen Exponenten recht vorsichtig mit konkreten Politikvorschlägen, die deutlich von der neuen, unter Lavagna begonnenen und von Kirchner auf sehr eigene Weise fortgesetzten ökonomischen Grundorientierung abwichen. Zu deren Hauptmerkmalen zählen ein exportfördernder niedriger Pesokurs, eine stärkere wirtschaftspolitische und regulierende Rolle des Staates sowie eine klarer sozialpolitisch orientierte Ausgabenpolitik. Eine grundsätzliche Debatte über diesen Kurs schien angesichts des klaren Rückhalts in der Mehrheit der Bevölkerung niemand offen und eindeutig wagen zu wollen. Zumal die ungewöhnlich eindeutige menschenrechtspolitische Orientierung der Kirchner-Administration eine noch breitere Zustimmung erzielte. So konzentrierte sich die Opposition darauf die Korruptionfälle innerhalb der Regierung anzuprangern und die steigende Inflation und die Intervention im nationalen Statistikamt INDEC oder die zunehmende Gewaltkriminalität zu thematisieren.

Der Wahltag selbst verlief ruhig, am Abend wurde relativ schnell deutlich, dass Cristina Fernandez de Kirchner bereits im ersten Wahlgang mit fast 45 Prozent der Stimmen gesiegt hatte.

In einer Analyse der Wahlergebnisse nach Wahlkreisen und Bezirken bestätigte sich, was sich schon bei den Wahlen zum Bürgermeisteramt in der Stadt Buenos Aires angedeutet hatte: Der Rückhalt für die Kirchners fiel insbesondere in den urbanen Zentren des Landes, also in Buenos Aires, Rosario, Cordoba sowie anderen mittelgroßen Städten niedrig aus, war teilweise sogar deutlich zurückgegangen, während im „conurbano bonarense“, der Vorstadtregion um Buenos Aires sowie im Landesinneren, in den Provinzen, die meisten Stimmen gewonnen werden konnten.

In den besseren Vierteln der Hauptstadt wie Belgrano erreichte Cristina Fernandez gerade mal 16 Prozent und landete hinter Elisa Carrió (44 Prozent) und Roberto Lavagna auf Platz 3, im Wahlbezirk Palermo mit 17 Prozent und ebenfalls Platz 3 das gleiche Ergebnis. Ebenso in der zweitgrößten Stadt des Landes Cordoba weit abgeschlagen mit rund 19 Prozent auf Platz drei und in der drittgrößten Stadt, Rosario, immerhin Platz zwei mit 33 Prozent.

Am 10. Dezember 2007 übernahm die 54-jährige Anwältin in einer betont zwanglosen, beinahe familiären Zeremonie das Amt von ihrem Gatten Nestor Kirchner, der sich offiziell zurückzog und als Vorstand einer von ihm ins Leben gerufenen Stiftung stärker um die Reorganisation der peronistischen Partei „kümmern“ wollte: Seit April ist der ehemalige Präsident Vorsitzender der peronistischen Partei, nachdem die von ihm mit Getreuen besetzte Wahlkommission der Partei ihn dazu ernannte und dies von einem Gericht bestätigt wurde. Mit nur geringfügigen Änderungen im Kabinett (als Wirtschaftsminister wurde der 37-jährige Martin Loustean, bis dahin Vorstand der Staatlichen Bank der Provinz Buenos Aires berufen) standen in den ersten Wochen, neben einigen Antrittsbesuchen in der Region und in Europa vor allem Entscheidungen zur Prävention einer weiteren Energiekrise und der Inflationsbekämpfung an.

## **Energiekrise und nationaler Sparplan**

Auf die Energiekrise bereitete sich die Präsidentin mit einem „nationalen Energiesparplan“ vor, der unter anderem die Einführung der Sommerzeit und eine großangelegte Aktion zum kostenlosen Tausch von konventionellen Glühbirnen für neue Energiesparlampen vorsah. Unabhängig davon, begann die Regierung mit Blick auf den kommenden Winter, Lieferkontrakte für Erdöl und Gas abzuschließen, das weiterhin zu Vorzugspreisen auf den Markt gebracht wird. Zudem wurden weitere direkte Subventionen für den Energiesektor und staatliche sowie private Transportunternehmen in Höhe von insgesamt ca. 440 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Auslöser dafür war der auch aufgrund des anhaltenden Wachstums steigende Gesamtverbrauch insbesondere in der Industrie und im Transportsektor. Der Verbrauchsanstieg im Transportsektor hängt nicht unwesentlich mit der wachsenden Agroindustrie und den steigenden Agrarexporten zusammen, die fast ausschließlich über LKW und Straßen zum Teil über weite Entfernungen zu den Häfen transportiert werden. Ergebnis der unter Präsident Menem missglückten Privatisierung der Staatsbahn, nach der praktisch nur noch ein Bruchteil des Streckennetzes funktionsfähig ist.

Private Institute schätzen, dass sich die staatlichen Subventionen für Energieträger mittlerweile auf rund 1,5 bis 2 Milliarden Euro summieren. So kostet beispielsweise ein Liter Normalbenzin an der Zapfsäule weiterhin nur rund 0,40 Euro.

Teil der Energiestrategie ist die Fertigstellung des Reaktors Atucha II, einem bereits in den 1980er Jahren beschlossenen Vorhaben, an dem Siemens beteiligt war. Nach jahrelangen Planungen, Baubeginn und Baustop sowie dem offiziellen Ausstieg von Siemens soll nun in Zusammenarbeit mit der französischen Framatome (an der Siemens beteiligt ist) der Meiler bis

2010 fertig gestellt und ans Netz gebracht werden. Die bisherigen Kosten (bis 2007) ohne Fertigstellung werden, auch aufgrund der Verzögerungen, auf bereits 3 Milliarden US-Dollar geschätzt. Außerdem soll mit Planungen für weitere Meiler begonnen werden.

Zugleich fördert das Energiesekretariat der Regierung die Einführung erneuerbarer Energien insbesondere in abgelegenen Regionen und Siedlungen, die bisher keinen Zugang zum Stromnetz haben. Eine umfassende politische Strategie zu massiven Förderung der großen Potentiale Argentiniens im Bereich Erneuerbarer Energien steht jedoch aus.

### **Die Agrarkrise**

Am 11. März 2008 verkündete Wirtschaftsminister Martin Lousteau Pläne der Regierung, eine neue, progressive Agrarsondersteuer vor allem auf Sojaexporte, aber auch Sonnenblumenderivate zu erheben. Das als Präsidialdekret formulierte Vorhaben sah vor, ab einem Exportverkaufspreis von 600 US-Dollar pro Tonne Soja sämtliche Erlöse mit einer Steuer in Höhe von 95 Prozent zu belasten. Konkret hieße das bei einem möglichen internationalen Marktwert von beispielsweise 800 US-Dollar pro Tonne, dass bis 600 US-Dollar die bisherige Exportsteuer von 35 Prozent plus einer progressiven Anhebung um weitere Prozentpunkte angewendet würde, von den restlichen 200 US-Dollar den Landwirten nur noch zehn verbleiben würden – auf die dann natürlich noch Einkommenssteuer zu zahlen wäre. Ausdrücklich ausgenommen waren, als Lebensmittel, Mais und Weizen, für die die bisherigen Sondersteuern sogar leicht reduziert wurden. Das Dekret erlangte mit seiner offiziellen Verkündung Geltung, ohne dass es als parlamentarische Gesetzesvorlage im Kongress hätte diskutiert werden müssen – die Erhebung von Sondersteuern durch die Präsidenten ist verfassungsgemäß.

Ziel der aktuellen Anhebung war aus Sicht der Regierung einerseits, die im Zuge der internationalen Rohstoffpreisentwicklung außergewöhnlich steigenden Gewinne zur Finanzierung des Haushalts und besonderer Ausgaben heranzuziehen, andererseits aber auch, der zunehmenden Ausbreitung des Sojaanbaus im Rahmen eines starken Konzentrationsprozesses an Landeigentum entgegen zu steuern. Während im Jahr 2000 nur rund ein Drittel der Anbauflächen für den Anbau von Soja verwendet wurden (Weizen 24 Prozent, Mais 14 Prozent) hatte sich dieses Verhältnis bereits 2007 drastisch verändert: nun wird auf 53 Prozent der Anbauflächen gentechnisch verändertes Soja angebaut (Weizen 18 Prozent, Mais 12 Prozent).

Die wachsenden Zweifel in der Kirchner-Administration am sogenannten Sojamodell sind nicht nur ökologisch begründet: Die Verdrängung traditioneller Nutzpflanzen wie Weizen, Mais, Gemüse oder der Weideflächen für Viehzucht durch gentechnisch veränderte Sojasaaten sorgte bereits im vergangenen Jahr in Kombination mit einem harten Winter in Argentinien für eine deutliche Verknappung des Angebots und extreme Preisschübe bei Lebensmitteln, die sich negativ auf die Inflationsrate auswirkten. Nichtsdestoweniger profitierte der Staatshaushalt von diesem „Sojamodell“, und bis auf die nun debattierte Sojasondersteuer hatte sich die Kirchner-Administration auch in den vergangenen Jahren nicht sonderlich um die zunehmenden ökologischen und sozialen Probleme dieser Intensivmonokultur gekümmert.

Noch am selben Tag der Verkündung durch Wirtschaftsminister Martín Lousteau ließen die vier Agrarverbände die Regierung und die Öffentlichkeit wissen, dass sie diese neue Sondersteuer nicht hinnehmen und Gegenmaßnahmen ergreifen würden. Das Bündnis der vier Agrarverbände besteht aus der konservativen Sociedad Rural Argentina SRA (rund 8000 Großgrundbesitzer aus der Provinz Buenos Aires), der Federación Agraria Argentina FAA, einem eher fortschrittlicher Verband vor allem von kleinen und mittleren

Produzenten hauptsächlich aus den Provinzen Santa Fe, Entre Ríos und Córdoba, den Confederaciones Rurales Argentinas CRA, die als Zusammenschluss regionaler Verbände große, mittlere und kleine Produzenten vertritt und ebenfalls konservative Positionen einnimmt, (ca. 109.000 Mitglieder), sowie die Confederación Intercooperativa Agropecuaria CONINAGRO, die als Dachverband der Agrarkooperativen rund 120.000 Unternehmen vertritt.

Am 13. März verkündeten die Verbände, da die neuen Steuern bereits erhoben wurden, einen sofortigen Produktions- und Handelsstopp ihrer Güter sowie Straßenblockaden an den wichtigsten Kreuzungspunkten des Landes. Die Straßensperren betrafen nicht nur die Sojaexporte, sondern im Laufe der Tage alle weiteren Transporte wie auch den öffentlichen und individuellen Reiseverkehr. Zehn Tage lang versuchte die Regierung ohne Erfolg Herrin der Lage zu werden und die Allianz zu sprengen. Am 25. März schließlich nahm die Präsidentin öffentlich und in scharfer Form Stellung zu diesem, wie sie es formulierte, „Erpressungsversuch“ und bezeichnete die Protestierer mit Blick auf die ausgezeichneten Einkünfte der meisten Landwirte als „protestas 4x4“ (Proteste reicher Geländewagenbesitzer) und als „piquetes de la abundancia“ (Straßenblockierer des Überflusses). Als Reaktion auf diese Rede kam es zu einem ersten, von eher konservativen Kreisen gut organisierten „cacerolazo“ gegen die Regierung auf der Plaza de Mayo, dem sich sogar einige linke und trotzkistische Gruppen anschlossen.

Wenige Tage später waren in den Städten bereits die ersten Versorgungsengpässe und Preissteigerungen zu verzeichnen. Am 27. März reagierte Cristina Fernandez und bot Verhandlungen an, allerdings unter der Bedingung, dass vorher die Blockaden aufgehoben würden. Doch die Verhandlungen scheiterten bald: Während die Regierung zwar nur marginale Anpassungen des neuen Steuersystems, dafür aber vor al-

lem Erleichterungen für die kleinen mittleren Produzenten anbot, bestanden die Verbände auf einer vollständigen Zurücknahme, was für die Regierung inakzeptabel war. Die Blockaden wurden fortgesetzt und führten in den ersten Apriltagen sowohl zu einem Exportstopp für argentinisches Rindfleisch wie auch zu immer massiveren Produktionseinbrüchen in der Industrie. Die Versorgungsengpässe waren immer deutlicher zu spüren, so dass die Regierung mit der Anwendung des „Gesetzes zur Versorgungssicherheit“ drohte, dass grundsätzlich die Regulierung sämtlicher wirtschaftlicher Aktivitäten durch den Staat ermöglicht sowie die Verhängung von empfindlichen Bußgeldern und Haftstrafen, wenn die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern oder Dienstleistungen gefährdet ist.

In der Sache blieben beide Seiten hart, die Blockaden wurden mittlerweile nun auch durch unorganisierte Landwirte fortgeführt. Über die gesamte Zeit hinweg hielt sich die Regierung mit Polizeieinsätzen klugerweise zurück, auch, weil in den ersten Wochen des Agrarstreiks und des Schweigens der Regierung breitere Bevölkerungsteile insbesondere in den Städten erstaunlich viel Gleichmut, wenn nicht gar Verständnis angesichts der Proteste zeigten.

Nach den verschiedenen Angeboten der Regierung jedoch ließen Umfragen im April erkennen, dass die Popularität der Präsidentin wieder zunahm, zwischen 55 Prozent und 60 Prozent der Befragten billigten ihre Linie und äußerten Kritik an der unversöhnlichen Haltung der Verbände. Am 25. Mai organisierten die Verbände in Rosario eine massive Kundgebung, an der auch Politiker der Opposition und vor allem einzelne Gouverneure der am meisten betroffenen Regionen teilnahmen, die damit dem Konflikt endgültig eine politische Dimension verschafften. Denn die Sondersteuer sollte am nationalen Ausgleichsfonds zwischen Bundesregierung und Provinzen vorbei in einem Sonder-

topf der Regierung fließen, so dass die Provinzen nicht nur keinen einzigen Peso davon zu sehen bekommen hätten, sondern zudem über die gesunkenen Einkommen der Landwirte insgesamt weniger Einnahmen zu verzeichnen gehabt hätten.

Der Krise mutierte damit von einem Konflikt sektorieller Interessen mit der Regierung zu einer außerparlamentarisch geführten Auseinandersetzung über das Recht und die Möglichkeit einer Regierung, Steuern zu erheben – für welche Zwecke auch immer: einer der entscheidenden Fehler der zweiten Kirchner-Administration in dieser Krise war die katastrophale Kommunikationspolitik in eine breitere Öffentlichkeit hinein. Erst nach vielen Wochen Straßenblockaden war aus der Casa Rosada schließlich das Argument zu hören, die mit dieser Sondersteuer erzielten Einnahmen würden für eine aktivere Umverteilungspolitik verwendet, für den Ausbau von Krankenhäusern, Schulen und Straßen auch in den Provinzen. Ob dies nun tatsächlich in der Form geplant war – einige Beobachter vermuten, diese Extrakasse in Milliardenhöhe sollte vor allem der Schuldentilgung im nächsten Jahr dienen- oder auch nicht, zu keinem Zeitpunkt gab es eine direkte Ansprache der Präsidentin an die Bevölkerung, keinen Versuch, eine potentiell existierende Mehrheit für ihre Position und Politik der Einkommensverteilung über Steuern zu gewinnen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu werben.

Umfragen zufolge befürwortete zu jedem Zeitpunkt eine Mehrheit der Bevölkerung eine gesonderte Besteuerung der außerordentlichen Agrargewinne, die zudem über den von der Regierung künstlich niedrig gehaltenen Pesokurs und die Treibstoffsubventionen gefördert wurden. Allerdings fehlte eine überzeugende Darstellung über die Verwendung der so erhobenen zusätzlichen Mittel.

Die Sociedad Rural und der vermeintliche „Putschversuch“

Für besondere Irritationen sorgten die wiederholt von der Regierung auf ihren Massenveranstaltungen formulierten Vorwürfe, die „reaktionärsten Kräfte planten einen politisch-ökonomischen Putsch“ gegen die demokratisch legitimierte Regierung – dass es ein Interesse konservativer politischer Kreise insbesondere um die Sociedad Rural gab, diese Regierung und ihr „ökonomisches Modell“ zu schwächen, liegt für viele Beobachter durchaus im Bereich des Möglichen. Und die Nähe dieser Institution und vieler ihrer Mitglieder zu den Militärdiktaturen, die in der Vergangenheit immer wieder den Interessen der SRA blutige Geltung verschafften, ist kein Geheimnis. Doch die aktuellen Putschvorwürfe stellten einen argumentativen Overkill dar, der einerseits auch für viele die Kirchners unterstützende Menschenrechtsorganisationen eine kontraproduktive Instrumentalisierung der Menschenrechtspolitik der Regierung darstellte und sich am Ende gegen die Casa Rosada selbst richtete.

Als am Mittag des 14. Juni der regierungstreue Piquetero-Führer Luis D'Elia, Tage nach einem weiteren Angebot der Regierung und der Ablehnung durch die Verbände sowie erneuten Protestankündigungen, wieder einen „Putschversuch von Duhalde, der Agrarverbände und der Mediengruppe Clarín“ verkündete und die Bevölkerung auf Grundlage des Artikels 21 der Verfassung dazu aufrief, sich zur Verteidigung der Demokratie zu bewaffnen, führte diese unverhohlene Androhung von bewaffneter Gewalt noch am selben Abend zu spontanen Demonstrationen und „cacerolazos“ gegen die Regierung in vielen Städten des Landes.

Es ist unklar, ob diese Äußerungen zumindest mit Nestor Kirchner abgestimmt waren – dieser sah sich jedenfalls am Tag darauf gezwungen, in einer Versammlung



vor peronistischen Aktivisten auf Fragen von Journalisten d'Elias Äußerungen als Unsinn abzutun und, eher lau, klarzustellen, dass d'Elia nicht für die Regierung spreche.

Schließlich lenkte die Präsidentin ein und griff den kurz zuvor ohne Abstimmung mit ihr eingebrachten Vorschlag ihres Vizepräsidenten Julio Cobos auf, das Gesetzesvorhaben dem Kongress zur Verhandlung und Abstimmung vorzulegen. Damit war zunächst der Druck aus der Eskalationsspirale genommen, und die Regierung hatte die notwendige Zeit gewonnen, im Kongress ihre Mehrheiten zu organisieren. Keine einfache Aufgabe, denn obschon die Regierung im Abgeordnetenhaus über eine klare Mehrheit verfügt, stellte sich die Lage im Senat schwieriger dar, unter anderem auch deshalb, weil viele peronistische und nicht-peronistische kirchertreuen Gouverneure und Senatoren in den Agrarprovinzen von den Verbänden unter Druck gesetzt wurden – auch mit sehr zweifelhaften Methoden wie der Androhung von „Besuchen“ oder „Mahnwachen“ vor den Häusern ihrer Familien.

Am 5. Juli stimmte das Abgeordnetenhaus schließlich mit einer klaren Mehrheit und ohne weitere Änderungen für das Sondersteuernpaket, womit die Vorlage zur Diskussion und Abstimmung an den Senat weitergeleitet wurde. In den Tagen vor der Senatsabstimmung organisierten sowohl die Verbände wie auch die Regierung erneut Massenkundgebungen in Buenos Aires. Auf der Regierungskundgebung bestätigte Nestor Kirchner zwar den Willen der Regierung, das Ergebnis der Senatsabstimmung auf jeden Fall zu akzeptieren, griff aber zugleich die Vorwürfe über einen politisch-ökonomischen Putschversuch wieder auf. Auch Beobachter aus dem Umfeld der Casa Rosada bestätigten, dass sowohl Nestor Kirchner wie auch Cristina tatsächlich von einem politischen Manöver ausgingen, der ihren Sturz zum Ziel hatte.

## **Die Medien, „el campo“ und „la gente“**

Das defizitäre und ungeschickte Kommunikations- und Krisenmanagement der Regierung führte schon bald zu merkwürdigen Solidarisierungsercheinungen: Nicht nur zementierte es die Allianz der doch sehr unterschiedliche Interessen vertretenden Agrarverbände, sondern sorgte zudem, auf den Massenkundgebungen der Verbände, für eine stete Präsenz beispielsweise auch linker Gruppen und Organisationen, die die Kirchner-Regierung für ihre Intransparenz und machtpolitische Fixierung kritisieren.

Gleichzeitig fuhren bis auf wenige Ausnahmen insbesondere die großen Medien wie La Nación und Clarin sowie die den Medienkonglomeraten angeschlossenen Sender eine klare Linie in der Unterstützung der Verbände, die am Ende bizarre Ausmaße annahm: So fasste die Berichterstattung die Verbände, nicht nur in den Schlagzeilen im durchaus romantisierenden Begriff „el campo“ (eigentlich das Feld/Stück Land, aber in diesem Zusammenhang eher „die“ Bauern und der ländliche Raum) zusammen, ein Begriff, der in der kollektiven Vorstellung wenig mit den realen Produktionsbedingungen der Sojaagroindustrie zu tun hat, wurden die Teilnehmer der Kundgebungen der Agrarverbände etwas diffus und doch vereinnahmend als „la gente“ (die Leute, im Sinne des Volkes) bezeichnet, erschien immer häufiger das von den Verbänden nicht ungerne gesehene Motto „la gente del campo“ oder in Variationen „la gente con el campo“. Am Tag vor und während der Entscheidung im Senat, konnte man auf den Kundgebungen der Verbände in den besseren Vierteln von Buenos Aires Teile der oberen Mittelschichten in einer ostentativen Staffage aus Gauchomütze, argentinischer Flagge und Mate-Equipment beobachten, die in einer Art nationalem Volks- und Bauernfest der Besserverdienenden auf großen Leinwänden die Live-Übertragung aus dem Senat verfolgten. Viele der Anwesenden verfügten dabei eigenen Aussagen zufolge nicht über eigene Länd-

reien, solidarisierten sich aber mit dem „campo“, in vielen Fällen nicht zuletzt auch aufgrund des ewigen Traumes der Mittelschichten, selbst eines Tages einen „campo“ zu besitzen.

### **Die Senatsentscheidung**

Die dramatischsten Stunden standen noch bevor: In einer 17-stündigen Sitzung debattierte der Senat unter dem Vorsitz des in seiner Vizepräsidentenfunktion zugleich als Senatspräsidenten amtierenden Julio Cobos über das Vorhaben. Alle 72 Senatoren hatten zur Begründung ihrer Entscheidung Rederecht und nahmen es auch ausführlich war. Im Verlauf des Tages variierten die Prognosen über das Abstimmungsergebnis mehrfach: Während es noch am Mittag nach einer Entscheidung für die Regierung aussah, entwickelte sich zum Nachmittag und Abend eine Pattsituation, die am Ende nur noch durch eine Entscheidung des zuletzt votierenden Cobos aufzuheben war – was nun eigentlich für die Regierung die Sache klar zu machen schien. Doch um vier Uhr morgens war die politische Sensation perfekt: sichtlich angespannt, nervös und mit bemühter Stimme stimmte Cobos gegen das Vorhaben der Regierung, der er als Vizepräsident selber angehört.

Welche tatsächlichen Beweggründe Cobos für diese offene und ungewöhnliche Konfrontation mit der eigenen Regierung hatte, ist nur schwer zu sagen: Klar ist, dass er seit geraumer Zeit keine echte Rolle in der Regierung hatte und spätestens seit seinem nicht mit der Präsidentin abgestimmten Vorschlag, das Vorhaben dem Kongress vorzulegen, keinerlei Kontakt zur Casa Rosada hatte. Cobos ließ sich, am Tag danach, unter dem Jubel der siegestrunkenen Agrarverbände und der großen Medien, als Retter der demokratischen Institutionen feiern und verschwand per Auto in seine 800 km entfernte Heimatprovinz Mendoza, wo er sich auf dem Weg mehrfach den „jubelnden Massen“ stellte.

Am Tag danach verkündete die Regierung die Rücknahme des Präsidentendekrets.

Ohne Zweifel stellt die ernsthafte Debatte und die ungeplante, nicht inszenierte, freie Abstimmung einen außergewöhnlichen Moment in der Geschichte der demokratischen Institutionen seit dem Ende der Diktatur dar – zum ersten Mal konnte der Kongress frei über eine in der stark präsidential orientierten argentinischen Demokratie vornehmlich dem Präsidenten zustehende und wesentliche Entscheidung mitbestimmen. Insofern haben nicht nur die Agrarverbände, sondern durchaus auch die Institutionen gewonnen.

Aus Sicht der Kirchners stellte dieser Ausgang zunächst allerdings eine bittere und tiefgreifende Niederlage dar: so tief, dass in den Stunden danach in Journalistenkreisen Gerüchte über einen Rücktritt der Präsidentin kursierten. Nach Angaben von Beobachtern soll Nestor Kirchner die Auffassung vertreten haben, die Regierung befinde sich nun in einer Situation der Unregierbarkeit, und diese Lage könne nur durch einen Rücktritt und baldige Neuwahlen für eine erneute Legitimation überwunden werden – mit dem nicht ungerne gesehenen Nebeneffekt, dass sich in der Zwischenzeit der vom Regierungslager als „Verräter“ bezeichnete Cobos als amtierender Präsident durchschlagen müsse. Doch schnell sorgten die engsten Berater der Präsidentin für eine nüchternere Betrachtung des Vorgangs: Die Regierung hatte zwar ihr Vorhaben nicht durchsetzen können, doch von Unregierbarkeit konnte keine Rede sein. Viel hing und hängt nun davon ab, wie die Casa Rosada auf dieses Ergebnis reagiert.

Die ersten Schritte der Präsidentin am Tag danach signalisierten Gelassenheit, demokratische Normalität und unbeirrtes Festhalten am Ziel, für eine bessere Einkommensverteilung und Armutsbekämpfung zu sorgen: Sie setzte ihr Arbeitsprogramm wie geplant

um, empfing zum Jahrestag des Attentats auf das jüdische Sozialwerk AMIA (1994) die Familien der Opfer, reiste in die Provinz Chaco, um dort einen neuen Flughafen einzuweihen, befasste sich mit der Re-verstaatlichung der kurz vor dem Bankrott stehenden Fluggesellschaft Aerolineas Argentinas und mit, dem Nationalen Rat für Lohnentwicklung, einer Erhöhung des Mindestlohnes sowie einer demnächst anstehenden, kleinen Rentenreform.

Der dieser Krise eigentlich zugrundeliegende, historische Konflikt zwischen unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Interessengruppen und Kräften um die Frage, ob und wie weit der Staat angesichts einer immer noch prekären Situation eines Großteils der Bevölkerung eine aktive Umverteilungspolitik gestalten kann, ist mit der Senatsentscheidung allerdings weder beendet, noch entschieden.

Insofern ist auch die Präsidentin, vom ungeschickten Kommunikations- und Krisenmanagement einmal abgesehen, nicht zwangsläufig die Verliererin. Im Gegenteil: Die Bereitschaft, sich den Vorschlag einer Vorlage des Vorhabens vor dem Kongress zu eigen zu machen, ohne dass es verfassungsrechtlich notwendig gewesen wäre, und sich mit der Akzeptanz der Entscheidung an die demokratischen Spielregeln zu halten, bedeutet für Argentinien einen erheblichen Fortschritt im Umgang mit den demokratischen Institutionen.

Es steht zu hoffen, dass die Kirchner-Administration nun auch die Lehren aus ihrem Kommunikationsdesaster zieht und ihr Versprechen einlöst, einen anderen, integrativeren und dialogorientierten Politikstil zu etablieren.

## Chile

### Das zweite Amtsjahr von Michelle Bachelet

Das zweite Amtsjahr von Präsidentin Michelle Bachelet scheint fast ausschließlich im Zeichen politischer Krisen zu stehen, deren Ursachen sie selber kaum oder gar nicht zu verantworten hat, für die sie aber die politischen Konsequenzen tragen muss: die Fortsetzung der Transantiago-Krise (gescheiterte Neuordnung des öffentlichen Nahverkehrssystems durch die Regierung ihres Vorgängers Ricardo Lagos), die daraus resultierende Krise des christdemokratischen Koalitionspartners „Partido Demócrata Cristiano“ PDC inklusive Verlust der Senatsmehrheit, der von der rechten Opposition erzwungene Rücktritt der christdemokratischen Bildungsministerin Yasna Provoste, die Krise um die staatlich finanzierte Abtreibungspille und Spirale, die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise, die drohende Wirtschaftskrise und schließlich die erneuten Proteste um das Gesetz zur Reform des Bildungswesen.

### Transantiago und die Abstimmungspleite zum Haushalt 2008

Den Auftakt dieses Krisenreigens markiert das Abstimmungsverhalten einiger christdemokratischer Parlamentsabgeordneter um den ebenfalls christdemokratischen Senator Adolfo Zaldívar, die in der entscheidenden parlamentarischen Abstimmung zum Staatshaushalt 2008 zusammen mit den rechten Oppositionsparteien RN und UDI nur einen Zuschuss in Höhe von rund 1,50 Euro zum privatisierten Transantiago-System bewilligten. Damit war nicht nur der ursprüngliche Plan der Concertación-Regierung aus Sozialisten, Christdemokraten, Radikalen und Demokraten, mit einem weiteren Staatszuschuss von 145 Millionen Dollar die größten Mängel des 2007 komplett reorganisierten öffentlichen Nahverkehrssystem der Hauptstadt zu beheben, auf politisch ungeschickte Weise

gescheitert: Eine Ablehnung dieses Punktes im Haushaltsentwurf hätte immerhin eine Neuverhandlung ermöglicht, die Bewilligung eines Zuschusses von 1000 chilenischen Pesos ließ keine weitere Aushandlung zu und stellte die Regierung vor vollendete Tatsachen.

Auch die seit den letzten Kongresswahlen hauchdünne Senatsmehrheit für die Concertación war somit ausgehebelt. Diese „Zustimmungskrise“ offenbarte darüber hinaus die zunehmenden politischen Differenzen innerhalb der Concertación und in der christdemokratischen Partei PDC unter ihrer Vorsitzenden Soledad Alvear, die von vielen parteiinternen Kritikern wie auch der mehrheitlich konservativ bis rechten Presse als „schwach“, „zu links“ und „zu loyal“ zur Concertación bezeichnet wird.

Dabei ist die Kritik der als „Colorines“ bezeichneten Abweichler um Senator Zaldívar an einem weiteren staatlichen Zuschuss für ein nur mangelhaft funktionierendes „öffentliches“, jedoch privat bewirtschaftetes Transportsystem nicht aus der Luft gegriffen: Das noch unter der Vorgängerregierung des Präsidenten Lagos technokratisch, ohne Beteiligung der Gemeinden und BürgerInnen am Reißbrett geplante und entsprechend umgesetzte Großprojekt produzierte nach der Inbetriebnahme im Februar 2007 wochenlang und bis heute teilweise chaotische Zustände: Zu wenig Busse, Umleitung oder Wegfall von Verbindungen, fehlende oder am Bedarf vorbei geplante Haltestellen führten zu stundenlangen Wartezeiten und vollkommen überfüllten Bussen und Bahnen. In der Folge kam es zu heftigen, teilweise gewalttätigen Protesten. Schlagartig wurde deutlich, dass Bürgerbeteiligung –zumindest in derart sensiblen Bereichen wie dem öffentlichen Nahverkehr– kein politischer Luxus, sondern unverzichtbares Instrument politischer Planungsprozesse ist.

Angesichts der anhaltenden Schwierigkeiten des nun sternförmig organisierten öffentlichen Nahverkehrs, der gestiegenen Fahrpreise und der nicht unbedeutenden, durch staatliche Subventionen garantierten Gewinne der wenigen privaten Großunternehmen spiegelt das Abstimmungsverhalten der „Colorines“ durchaus das Meinungsbild einer Bevölkerungsmehrheit wieder.

### **Die Krise der Christdemokraten**

Allerdings hat der Konflikt um Senator Zaldívar und seiner Parteivorsitzenden Soledad Alvear auch eine Vorgeschichte: Zaldívar, damals noch Parteivorsitzender des PDC, verlor im Jahr 2005 auf einem Sonderparteitag zur Bestimmung des christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten nur knapp gegen Alvear, die ihrerseits nur wenige Monate später im Rahmen des Concertación-Wahlkampfes zugunsten von Michelle Bachelet das Kandidatenhandtuch warf. Zwischen Zaldívar und Alvear bestehen zudem deutliche Differenzen über die Ausrichtung des PDC. Während Zaldívar dem PDC innerhalb der Concertación aus verschiedenen, auch sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien einen programmatischen Profilverlust sowie daraus resultierenden stetigen Wählerschwund prognostiziert und für eine „neue“ Orientierung als Partei des „Zentrums“ plädiert, steht Alvear für eine Fortführung der Concertación und einen gesellschaftspolitisch fortschrittlicheren Kurs.

Wobei die Trennungslinien jedoch auch hier ungewohnt verlaufen: denn zugleich steht Zaldívar, zumindest verbal, auch für eine deutlichere Politik des sozialen Ausgleichs und der Mittelstandsförderung, im Gegensatz zu den vergleichsweise vorsichtigen sozialen Reformen sowie wirtschaftlichen Konzentrationsprozessen und Oligopolen, die die 17 Jahre Concertación-Regierung produziert haben.

## **Neue Senatsmehrheiten**

Insofern hat diese weitere Transantiago-Krise sowie das im März 2008 erfolgreich durchgeführte Parteiausschlussverfahren gegen Zaldívar, das den Verlust der Senatsmehrheit für die Concertación zementierte und ihm, nun als Unabhängigen, zugleich mit Hilfe der Stimmen der rechten Senatoren zur Senatspräsidentschaft verhalf, durchaus eine politische Dimension erreicht, die zumindest das Parteiengefüge der immer noch jungen und unfertigen Demokratie jenseits der Anden verändern könnte.

Denn die neue Senatsmehrheit gibt den rechten Parteien nun die Möglichkeit, an der Ernennung der Zentralbankbeiräte, einiger Mitglieder des Verfassungsgerichtes sowie des obersten Gerichtshofes und der Generalanwaltschaft oder des Vorstandes der nationalen Rundfunk- und Fernsehanstalt mitzuwirken – eine Verstärkung der institutionellen Verankerung und Präsenz der Opposition, wie sie unabhängig von Wahlen wohl nur selten erreicht wird und von der die Opposition vorher nur träumen konnte. Damit ist zugleich die Ausgangslage für kommende Wahlkämpfe besser denn je.

## **Der erzwungene Rücktritt der Bildungsministerin**

Der Verlust der Senatsmehrheit spielte auch im Konflikt um Bildungsministerin Yasna Provoste im April 2008 eine entscheidende Rolle: Nachdem die „Contraloría General de la República“, eine verfassungsrechtlich als unabhängig abgesicherte zentrale Kontrollinstanz der öffentlichen Verwaltung mit Rechnungshoffunktionen im März in ihrem Bericht Unregelmäßigkeiten in der Zuweisung der staatlichen Subventionen an private und öffentlichen Schulen durch eine Unterabteilung des Bildungsministeriums veröffentlichte, geriet Bildungsministerin Provoste aufgrund einer scharfen Kampagne

der rechten Senatsparteien und Presse unter Druck. Eine Reihe von privaten und öffentlichen Schulen hatten Schüleranwesenheitslisten gefälscht und ausgeschiedene Schüler weiterhin als eingeschrieben aufgeführt – diese Angaben sind Grundlage für die Zuweisung staatlicher Subventionen.

Obwohl man Bildungsministerin Provoste selbst kein Fehlverhalten vorwerfen oder nachweisen konnte, wurde sie politisch in Haftung genommen und nach einer Parlamentsdebatte sowie anschließenden Senatsentscheidung mit Hilfe der „neuen“ rechten Mehrheit in einem Amtsenthebungsverfahren (eigentlich nur für gravierende Verfehlungen höchster politischer Mandatsträger vorgesehen) abgesetzt, ohne dass Präsidentin Bachelet eingreifen konnte. Für Yasna Provoste bedeutet diese Parlamentsentscheidung zudem, dass sie in den nächsten fünf Jahren kein politisches Amt oder Mandat annehmen kann.

Abgesehen davon, dass dieser Fall eigentlich nur die offensichtlichen Mängel eines vornehmlich auf Gewinn orientierten, privatisierten Bildungssystems offenbart, sorgte die Kampagne mit ihren „Korruptionsanwürfen“ vor allem für einen weiteren Anstieg der zunehmenden Politikverdrossenheit in weiten Teilen der Bevölkerung. Deren Forderungen nach einem qualitativ anspruchsvollen, zugleich bezahlbaren oder kostenlosen, und somit für alle Schichten zugänglichen Bildungswesen fanden in diesem politischen Manöver keine Berücksichtigung.

Dafür brachen wenige Wochen nach der „Entlassung“ der Ministerin durch das Parlament und im Zusammenhang mit der schließlich im Parlament angenommenen neuen Bildungsgesetz, erneut heftige Proteste von Schülern, Studenten und Lehrgewerkschaften aus, die eine der zentralen, im „Aufstand der Pinguine“ aufgestellten Forderungen vermissen: konkret die Abschaffung der „Gewinnorientierung“ im Bildungswesen.

sen, sowie einen staatlich garantierten, kostenfreien Zugang zu einer qualitätsgesicherten Bildung. Das aktuelle Bildungssystem fördert durch staatliche Subventionen sowohl private, gewinnorientierte Schulen wie auch öffentliche, die aber durch die Überführung in die Verantwortlichkeit der Kommunen vor allem in ärmeren Regionen oder Kommunen aufgrund einer chronischen Unterfinanzierung stets am Rande des pädagogischen „Existenzminimums“ operieren und ihre Schüler praktisch chancenlos in die Gesellschaft entlassen. So setzt sich auch in dieser Systematik die Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen fest, denn die reicheren Kommunen haben entsprechend besser ausgestattete öffentliche Schulen.

In einer 2006 angesichts des „Aufstandes der Pingüine“ schnell und politisch klug von Präsidentin Bachelet einberufenen Sonderkommission für die Erarbeitung dieses neuen Bildungsgesetzes waren ausdrücklich auch Vertreter der protestierenden Schüler eingeladen, ihre Vorstellungen einzubringen. Doch im Alltag der Kommissionsarbeit bewiesen die verschiedenen Lobbies einen längeren Atem als die spontan organisierten Schüler, die zudem dem ständigen Drill des chilenischen Schulalltags ausgesetzt waren.

Insofern war es nicht weiter verwunderlich, dass der neue Gesetzentwurf mit seinen nur marginalen Änderungen am bestehenden System, erneut für eine Mobilisierung der Schüler und Studenten sorgte. Interessant ist die für chilenische Verhältnisse ungewohnte Furchtlosigkeit, Selbstverständlichkeit und Hartnäckigkeit, mit der diese Generation, die keine Diktatur- und Repressionserfahrung aufweist, ihre Rechte einfordert.

### **Keine Empfängnisverhütung auf Rezept**

Praktisch ohne Atempause folgte die mit nur einer Stimme Mehrheit gefällte Entscheidung des Verfassungsgerichtes, die die staatliche Verteilung der so

genannten „Pille danach“ und der Spirale untersagte. Damit brachte das Gericht auf Antrag einer Gruppe von Abgeordneten der rechten Parteien UDI und RN einen der ersten wichtigen Erlasse der Bachelet-Präsidentschaft aus dem Jahre 2006 zu Fall, das – den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation folgend – darauf abzielte, über die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen insbesondere Frauen aus ärmeren und einkommensschwachen Schichten einen rezept- und kostenfreien Zugang zu diesem gut verträglichen Mittel zu ermöglichen, um ungewollte Schwangerschaften oder eben riskante, illegale Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden.

Gegen den Erlass hatten die Abgeordneten bereits im Jahr 2007 ein Verfahren vor dem obersten Gerichtshof angestrengt, der das präsidiale Dekret für rechtens erklärte. Die daraufhin erhobene Verfassungsklage wurde nun mit der Begründung positiv beschieden, die Verfassung schütze das Leben. Daher sei ein Gesetz, das möglicherweise Leben vernichte oder verhindere, verfassungswidrig. Die für viele schwer erträgliche Scheinheiligkeit dieser Klage und Entscheidung liegt nun darin, dass sie sich ausschließlich auf die kostenfreie Ausgabe durch das staatliche Gesundheitswesen bezieht und nicht etwa grundsätzlich verbietet. Künftig haben ausgerechnet mittellose Frauen und Jugendliche – aus den Schichten, in denen ungewollte Schwangerschaften aufgrund finanzieller Schwierigkeiten und mangelnder Sexualerziehung vor allem ein Problem sind – keine Möglichkeit mehr, nachträglich und risikolos zu verhüten (es geht nicht um die Abtreibungspille), während zugleich die mehrheitlich religiös-konservativen oberen Mittel- und Oberschichten, diese Mittel verwenden können, so lange sie sie wünschen und bezahlen können.

Dass nun absurderweise auch die Verteilung der „Spirale“ durch das staatliche Gesundheitswesen untersagt wird, hebt nicht nur die seit Einführung der Demokratie

in der Concertación konsensuierte Familienpolitik und die jahrelangen Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensbedingungen und -chancen von Frauen und Kindern auch aus ärmeren Schichten aus den Angeln, sondern verdeutlicht zugleich auf haarsträubende Weise den Einfluss eines extrem konservativen Flügels der katholischen Kirche und die profunde Bigotterie eines entscheidenden Teils der Elite, die die gesellschaftlichen Realitäten und Bedürfnisse bewusst ignorieren. Selbst in der islamischen Republik Iran wird bereits seit Jahren eine fortschrittlichere Familienpolitik praktiziert.

### **Wasserwerfer gegen protestierende Frauen**

Noch am selben Tag der Entscheidung versammelten sich um den Präsidentenpalast spontan wie auch gewerkschaftlich organisiert zahlreiche Demonstranten, zum Teil Angestellte aus den umliegenden Ministerien und Behörden und Ministerien, um gegen diese Entscheidung zu protestieren. Da es sich dabei um eine nicht angemeldete Demonstration handelte, setzte die Polizei in gewohnter Härte mehrere der stets das alltägliche Straßenbild prägenden Wasserwerfer ein, um die Proteste aufzulösen. Dieses Vorgehen und das Schweigen der Regierung dazu, sorgte fast für eine noch größere Empörung. Schließlich sollte diese Demonstration die Unterstützung für eine Entscheidung der Regierung unterstreichen.

Die merkwürdig unbestimmte und wenig kämpferische Reaktion der Präsidentin in diesem auch für sie zentralen Politikfeld ist symptomatisch für das politische Krisenmanagement der Concertación, das oft auch gegen die Interessen der eigenen Wählerschaft die offene Konfrontation mit dem konservativen Teil der Elite scheut und vor einer vor allem durch die rechten Medien bestimmten „öffentlichen Meinung“ zurückschreckt. Die neue Mehrheit im Senat wird diese Haltung eher noch bestärken, auch wenn im Oktober Kommunalwahlen anstehen und damit eigentlich deutlichere Botschaften an die eigene Klientel angesagt wären.

### **Die Energiekrise**

Schnell, bestimmt und angemessen reagierte die Regierung allerdings auf eine politisch brisante und schnell eskalierende Situation im Zusammenhang mit den weltweit explodierenden Erdölpreisen, die in Chile in ungebremsster Härte auf den Markt durchschlagen, da das Land im Gegensatz zu Argentinien oder Brasilien keine nennenswerte eigene Erdölproduktion aufweist und praktisch alle Energieträger importieren muss. Zwar konnten in diesem -milden- Winter die letztjährigen, durch die argentinischen Gasexportsperrern verursachten Versorgungsschwierigkeiten vermieden werden, doch sorgten vor allem die gestiegenen Treibstoffpreise sowohl im Transportsektor wie auch bei Lebensmitteln für einen rasanten Inflationsanstieg. Nachdem im März, April und Mai die Preise für Benzin und vor allem Diesel um bis zu 20 Prozent gestiegen waren (Preise, die sich, aufgrund der im Vergleich zu europäischen Verhältnissen niedrigeren Besteuerung noch immer knapp um umgerechnet ein Euro halten), wurden von seiten der Wirtschaft, Opposition und vor allem der Transportgewerkschaften die Rufe nach einer staatlichen Preisintervention immer lauter. Für einige Zeit konnte die Regierung diese auch energiepolitisch nicht besonders kohärenten Forderungen ignorieren. Als jedoch der Verband der Lastwagenfahrer und Spediteure einen massiven Streik ankündigte, wurden sofort ungute Erinnerungen an die letzten Monate der Allende-Regierung wach, als der Streik der Lastwagenfahrer letztlich die Krise auslöste, die direkt in den blutigen Militärputsch führte.

### **Staatliche Subventionen für Treibstoffe**

Insofern war die Entscheidung der Bachelet-Regierung politisch richtig, sofort und ohne Zögern rund eine Milliarde US-Dollar in eine Art staatlichen Preisstabilisierungsfonds für Treibstoffe zu schießen, eine Summe, die immerhin einige Tage lang für einen vor allem psy-

chologisch wichtigen Rückgang der Preise sorgte. In diesem Zusammenhang spielten auch sozialpolitische Erwägungen eine Rolle, denn im nahenden Winter heizen insbesondere die ärmeren Bevölkerungsschichten die kaum isolierten Wohnungen vor allem mit kleinen Öfen auf der Grundlage von Kerosin, das ebenfalls überproportional gestiegen war.

Ebenso wollte die Regierung mit dieser Maßnahme helfen, das Gespenst einer drohenden Wirtschaftskrise zu verscheuchen. Denn die steigende Inflationsrate von mittlerweile fast 9,5 Prozent (Juni 2007 bis Juni 2008 ) wird von der Zentralbank strikt nach Lehrbuch mit einer gnadenlosen Zinserhöhung bekämpft, die angesichts der bedenklichen Überschuldung privater Haushalte und der niedrigen, kaum steigenden Einkommen für einen heftigen Einbruch in der vornehmlich auf Dienstleistungen und Konsum basierenden Wirtschaft sorgen kann.

Natürlich war der Effekt der Treibstoffsubvention rund zwei bis drei Wochen später aufgrund der Weltmarktpreisentwicklung, aber auch eines weiterhin ungebremst steigenden Verbrauchs wieder aufgehoben, doch war möglichen Protesten zunächst der Wind aus den Segeln genommen, da der Regierung immerhin keine Untätigkeit vorgeworfen werden konnte.

### **Zunehmender Verbrauch und geringe Energieeffizienz**

Die Energiekrise schwelt unter der Oberfläche weiter, nicht nur als Angebotskrise, sondern auch aufgrund der weiterhin steigenden Nachfrage: So sorgte die Umstellung des Transantiago-Systems aufgrund der Einführung größerer, gebraucht importierter Busse für einen um 25 Prozent gestiegenen Treibstoffverbrauch alleine im öffentlichen Nahverkehr, während das Chaos im Rahmen der Umstellung zu einem Anstieg um mehrere zehntausend, zum Teil ebenfalls älterer PKW

führte, die das winterliche Smogproblem in Santiago deutlich verschärften.

Auch hier spiegeln sich die scharfen sozialen Trennungslinien innerhalb der chilenischen Gesellschaft wieder: Während in den besseren Vierteln jedes Familienmitglied über einen PKW oder SUV verfügt und sich so bis zu fünf Fahrzeuge auf den eigentlich üppig bemessenen Vorgartenflächen drängeln, ist die Mehrheit der Bevölkerung auf ein mangelhaft funktionierendes Nahverkehrssystem angewiesen, das tägliche Pendelzeiten von rund zwei und mehr Stunden pro Strecke innerhalb derselben Stadt zum Normalfall werden lässt.

Ebenso stellen gravierende Isolierungsdefizite privater Häuser und Wohnungen einen immensen Verbrauchsfaktor dar.

Zwar existiert seit einigen Jahren immerhin eine auch von chilenischen Partnern der Heinrich-Böll-Stiftung mitinitiierte staatliche Richtlinie für Energieeffizienz steigernde Maßnahmen bei Neubauten. Doch formuliert diese Richtlinie weder verbindliche Vorschriften noch bietet sie überzeugende steuerliche oder sonstige finanzielle Anreize. Ebenso sind im gewerblichen oder industriellen Bereich bislang kaum Anstrengungen für eine gesteigerte Energieeffizienz zu verzeichnen. Bislang fehlten auch hier marktpreisinduzierte oder staatliche Anreize dazu.

### **Primat des Marktes**

Die bisherige staatliche Zurückhaltung in der Planung, Umsetzung und Steuerung einer Energiepolitik, die diesen Namen auch verdient, hängt im Kern mit einem Grundkonsens über den Primat des Marktes zusammen, der letztlich auch heute noch das unter dem Pinochet-Regime mit Gewalt durchgedrückte sogenannte „modelo“ (das „ökonomische Erfolgsmodell“) unan-



getastet lässt. Nach krisenhaften Einbrüchen in den achtziger Jahren ist die ökonomische Erfolgsbilanz und Stabilität unumstritten, ebenso der Erfolg in der von allen Concertación-Regierungen, besonders aber unter Bachelet verfolgten Politik der Armutsbekämpfung, die immerhin die absoluten Armutsraten auf ein im regionalen Vergleich beeindruckend niedriges Niveau von insgesamt 18 Prozent der Bevölkerung gedrückt hat.

### **Verteilungsgerechtigkeit**

Dennoch sagt dies noch nichts über Verteilungsgerechtigkeit oder die Einkommenssituation der breiten Mehrheit der Bevölkerung aus: Als Eckpunkt sei die im Rahmen der kürzlich erfolgreich durchgeführten Reform des Rentensystems eingeführte allgemeine staatliche Mindestrente in Höhe von monatlich knapp 100.000 chilenischen Pesos (rund 150 Euro) erwähnt, oder aber der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von monatlich rund 140.000 Pesos (200 Euro), Größenordnungen, die angesichts von Preisen für Lebensmittel oder Bekleidung, die nur knapp unter europäischen liegen, einen ungefähren Eindruck von den Schwierigkeiten zahlreicher Familien im Alltag geben. Noch aufschlussreicher ist der sogenannte GINI-Index, der die Einkommensverteilung misst: Hier landet Chile hinter Kolumbien, San Salvador, Nigeria oder Peru, und sehr deutlich hinter dem krisengeschüttelten Argentinien, das ebenfalls außerordentliche soziale Disparitäten aufweist.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass die US-Dollar-Einkünfte aus den Geschäften der staatlichen Kupferbergbaugesellschaft Codelco in Milliardenhöhe an der New Yorker Börse angelegt und nicht über den Staatshaushalt investiert werden, werden mittlerweile Forderungen nach einer aktiveren Sozial- und Bildungspolitik immer lauter. Schließlich stehen im Oktober Kommunalwahlen an und es wird

ihnen schon jetzt eine gehörige Signalwirkung zugeschrieben.

In einer im Juli 2008 veröffentlichten Umfrage des nach eigenen Angaben nicht parteigebundenen, privaten Centro de Estudios Públicos (CEP) erreicht Bachelets Präsidentschaft seit gut einem halben Jahr nur noch eine Zustimmung von 40 Prozent der über 18-Jährigen, während 43 Prozent sie ablehnen und immerhin 17 Prozent keine Meinung haben. Doch die wohl beunruhigendsten Erkenntnisse liefern die Antworten auf die Frage nach der parteipolitischen Bindung oder Unterstützung politischer Strömungen: Mittlerweile 52 Prozent der Befragten können sich mit keiner Partei oder politischen Strömung identifizieren, nachdem im Dezember 2006 (Präsidentschaftswahlen) immerhin nur 38 Prozent diese Aussage trafen. Somit ist die grundsätzliche Ablehnung der Parteien und ihrer Politik nur Ausdruck einer tiefsitzenden Unzufriedenheit über die nachhaltigen sozialen Disparitäten, die fehlenden oder unzulänglichen Reformen insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen.

Angesichts in dieser Hinsicht kaum überzeugender politischer Alternativen könnte diese anhaltende Politikverdrossenheit die Concertación zu den Kommunalwahlen im Oktober, aber auch zu den Präsidentschaftswahlen tatsächlich über eine wachsende Wahlenthaltung oder gezielt als ungültig abgegebene Stimmen in Bedrängnis bringen. In Chile existiert zwar Wahlpflicht, eine Missachtung wird aber nicht mehr geahndet. So werden die nächsten Monate, auch unter den widrigen neuen Mehrheitsverhältnissen im Senat, für Präsidentin Bachelet und die gesamte Concertación zu einer echten Herausforderung.

## Uruguay

Im Berichtsjahr setzte sich die wirtschaftliche Erholung Uruguays auf der Grundlage eines starken Exportwachstums weiter fort: Für 2008 wird ein Anstieg der Exporte um 30 Prozent prognostiziert.

Die Bilanz für 2007 belief sich auf 6,8 Milliarden US-Dollar, in diesem Jahr könnten 10 Milliarden US-Dollar erreicht werden.

Der starke Anstieg der Exporte steht auch im Verhältnis zu einer außergewöhnlichen Zunahme der Investitionstätigkeit. Während sich im Fünfjahreszeitraum von 1995 bis 2000 die jährlichen ausländischen Direktinvestitionen auf rund 200 Millionen US-Dollar beliefen, erreichten sie allein 2007 bereits 900 Millionen US-Dollar.

Das Bruttoinlandsprodukt verzeichnete so im vergangenen Jahr ein außergewöhnliches Wachstum von 7,4 Prozent, während die offiziellen Prognosen für 2008 eine Abschwächung auf 5,25 Prozent vorsehen.

Allerdings wird dieses Wachstum immer noch hauptsächlich von Primärgütern getragen, die das Land praktisch ohne Verarbeitung verlassen: Den größten Anteil an diesen Exporten hatten im ersten Quartal 2008 mit 28,5 Prozent die Fleischfabriken, gefolgt von Agrargütern (8,3 Prozent), Milchprodukten (7,5 Prozent) und Holz (5,5 Prozent).

Uruguay nimmt mittlerweile mit rund 500.000 Hektar Anbaufläche den neunten Platz im weltweiten Ranking der Agrarproduktion auf Grundlage gentechnischer modifizierter Saaten ein. Die Sojaproduktion belegt mit rund 370.000 Hektar mehr als die Hälfte der nationalen Gesamtanbauflächen und basiert praktisch ausschließlich auf gentechnisch modifiziertem Saatgut.

## Paraguay

Im April dieses Jahres sorgte der ehemalige katholische Bischof Fernando Lugo mit seinem Wahlsieg als Präsidentschaftskandidat der Oppositionskoalition „Alianza Patriótica para el Cambio“ (Patriotische Allianz für den Wechsel) für ein politisches Erdbeben. Der „Partido Colorado“, auch zu Zeiten des Diktators Alfredo Stroessner Regierungspartei, führte das Land seit sechs Jahrzehnten in wechselnden innerparteilichen und personellen Konstellationen, aber stets mit fester Hand und unter Berücksichtigung der Interessen einer kleinen Oligarchie.

Fast einem klassischen, KP-regierten Land oder Mexiko unter der PRI-Regierung vergleichbar, ist der Partido Colorado ein Machtapparat, dem praktisch alle rund 250.000 Beamte und Angestellten in allen staatlichen Institutionen angehören. Insbesondere in den vergangenen Jahren hatte die Korruption selbst für Paraguay ungewöhnliche Ausmaße erreicht, während die Armutsraten weiterhin anstiegen. Das erklärt den Erfolg des ohne großen finanziellen Aufwandes durchgeführten, sehr persönlichen Wahlkampfes von Fernando Lugo.

Zwar kann sich Lugo nun im Rahmen seiner „Alianza Patriótica“ auf rund zehn kleinere Parteien, ungefähr 20 zivilgesellschaftliche Organisationen (Gewerkschaften, Sozial- und Bauernverbände) sowie ein enormes Startkapital an Vertrauen und Reformhoffnung in der Mehrheit der Bevölkerung stützen, doch es ist offensichtlich, dass er mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird: mit einem Parlament, in dem er und seine Alianza keine Mehrheit haben, mit einem schwerfälligen und personell aufgeblähten Staatsapparat und einer korrupten Justiz, die vom Partido Colorado durchgesetzt sind, sowie mit einer zweifelhaften Wahljustiz. Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass es schon bald innerhalb seiner sehr bunten und politisch diver-

sen Allianz zu ernsthaften Auseinandersetzungen kommen kann.

Zentrale Themen auf der Agenda des designierten Präsidenten, der im August sein Amt antritt, sind erklärtermaßen: Agrarreform, Energiesouveränität und Demokratisierung. Für Lugo steht die Frage einer Agrarreform an erster Stelle, da Paraguay eines der Länder mit der stärksten Konzentration an Landbesitz ist: 77 Prozent der Anbauflächen gehören gerade einem Prozent der Landbesitzer, während 40 Prozent der Landbesitzer mit durchschnittlich weniger als fünf Hektar pro Kopf nur einen Prozent der Anbauflächen besitzen. In ländlichen Regionen leben rund 350.000 Familien ohne Grundbesitz, während 351 Großgrundbesitzer insgesamt 9,7 Millionen Hektar ihr Eigentum nennen, ohne dass alle Flächen bearbeitet würden. Wie in Argentinien und Uruguay stellen die zunehmenden ausländischen Investitionen in Anbauflächen zur Produktion von gentechnisch modifiziertem Soja unter intensiven Einsatz von Agrochemikalien ein ernstes gesundheitliches und ökologisches Problem auf dem Land dar, dem sich Lugo stellen muss.

## Ausblick

In allen Ländern der Region stehen in den kommenden Monaten intensive Debatten über Auswege aus der Energiekrise bevor. Dabei nehmen die Diskussion über den Ausbau (Argentinien) oder die Einführung (Chile und Uruguay) der Kernkraft eine immer größere Rolle ein. Entscheidend dabei ist der Einfluss sowohl der französischen wie auch der russischen Atomindustrie, die insbesondere für Chile schlüsselfertige Projekte inklusive Finanzierung anbieten, die das ökonomische Risiko eines Einstiegs minimieren. Dennoch ist die Zurückhaltung auch in den politischen und ökonomischen Eliten bislang noch beträchtlich, da in beiden Ländern – im Gegensatz zu Argentinien – keine wis-

senschaftlich-technische Infrastruktur in der Nukleartechnologie existiert. Das stellt insbesondere bei der Personalsuche und in der Erarbeitung von Notfallplänen ein nicht zu unterschätzendes Hindernis dar.

In Argentinien ist die Fortführung des bereits vor Jahren begonnenen und immer wieder unterbrochenen Ausbaus des Meilers Atucha 3 beschlossene Sache.

Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner muss einen politischen Ausweg aus der selbstgemachten Sackgasse des Agrarkonfliktes finden, der ihre politische Handlungsfähigkeit für den Rest ihrer Präsidentschaft sicherstellt. Im kommenden Jahr stehen Parlaments- und Kommunalwahlen an, deren Ausgang nach dem Fiasko im Senat alles andere als klar erscheinen.

In Chile stehen im Oktober Kommunalwahlen an, die bereits ihre Schatten auf die politischen Debatten vorauswerfen, auch wenn die Präsidentschaftswahlen erst im kommenden Jahr anstehen.